

Danubia-Aktivitas - nur ein Beispiel

von Hans-Helmuth Knütter

Die Geschichte der Burschenschaften in Deutschland ist über lange Jahrzehnte eine Geschichte der Verfolgungen.

Im frühen 19. Jahrhundert war es die Treibjagd auf die "Demagogen". Später, als sie sich durchgesetzt hatten, von 1848 bis 1933, änderten sich die Vorwürfe. Sie kamen nun aus dem linken Winkel. Was wurde den Burschenschaften vorgehalten? Nun ging es gegen bildungsbürgerliche Überheblichkeit, gegen Akademikerdünkel, gegen Alkoholexzesse. Viel war bloße antibürgerliche Karikatur, einiges stimmte. Aber auch nach 1933 war der angebliche Akademikerdünkel, der die Volksgemeinschaft störte, eine Begründung für die Auflösung der Verbindungen. Der gemeinsame Nenner mit dem Nationalsozialismus, nämlich die deutschnationale Grundhaltung, rettete nicht. Eben deshalb wurden die Burschenschaften nach 1945 als nationalistisch, antidemokratisch und wegen ihres Elite-Dünkels bekämpft. Man erinnere sich an die antifreiheitliche Regelung der sog. „Freien“ Universität Berlin, die sich sehr modern und progressiv vorkam, als sie die Immatrikulation von Verbindungsstudenten („farbentragenden und schlagenden Verbänden“) ausdrücklich ausschloß. Diese antifreiheitliche Bestimmung konnte zwar gerichtlich niedergekämpft werden. Aber die studentischen Verbindungen - gleich, ob Burschenschaften oder Corps - waren durch die „Bewältigung“ der NS-Vergangenheit geschädigt und in die Defensive gedrängt.

Zu den verlogenen Phrasen der bundesrepublikanischen Selbstdarstellung gehört die Bezeichnung als „freiheitlichste Ordnung der deutschen Geschichte“. Wenn ein historischer Abschnitt diese Charakterisierung verdient, dann wäre das die Weimarer Republik, aber ganz gewiß nicht die Bundesrepublik, die stets die „repressive Toleranz“ (Herbert Marcuse) angewendet hat. Die bedient sich der Konstruktion eines Feindbildes, um sich selbst zu definieren. Wie funktioniert das? Mit der hysterischen Beschwörung von Gefahren sollen die eigenen Reihen geschlossen werden. Das wird besser durch die Konstruktion eines bedrohlichen Feindes er-

reicht, als mit positiven, aber vielleicht nicht so überzeugenden Zielen. Angst bindet stärker als hoffnungsfreudige Erwartung, weil Angst auf ein unmittelbar bevorstehendes Unheil hinweist. So waren in der „freiheitlichen“ BRD von Anfang an nacheinander oder auch nebeneinander die deutschnationalen, in den NS mündenden Traditionen, die Kommunisten, die Sekten, die Islamisten und wieder die „Rechten“ offizielle, z. T. gesetzlich definierte („Auschwitzlüge“, Volksverhetzung) Feinde. Neuerdings kommt die Agitation gegen die Raucher hinzu. Eindeutig totalitär, weil hier persönliches Verhalten im privaten Bereich vormundschäftlich reglementiert wird. Besonders verlogen ist dies, weil sehr viel gefährlichere Luft-Verschmutzungen durch Industrieabgase oder den Autoverkehr unerwähnt bleiben.

Die deutschnationalen und elitären Traditionen der 190 Jahre alten Burschenschaften machen sie zu einem dieser Feindbilder. Es entwickelt sich in diesem angeblich freiheitlichen System ein Klima der Verhetzung, Denunziation, Bspitzelung und Bevormundung. Eine Atmosphäre des „Kalten Bürgerkriegs“ entsteht. Die Bevölkerung wird obrigkeitlich eingeteilt in die „Anständigen“ und diejenigen, die nicht dazugehören. Die werden „ausgegrenzt“, also diskriminiert. So wie im „Kalten Krieg“ zwischen Ost und West vor 1989 nicht geschossen, sondern „nur“ propagandistisch agitiert wurde, schafft dieses Vorgehen in der BRD die Stimmung eines „Kalten Bürgerkriegs“. Die Etablierten führen ihn, um oppositionelle Teile der Bevölkerung zu disziplinieren und die eigene Position zu sichern. Die Vergiftung der politischen Kultur wird dabei in Kauf genommen.

Warum verhalten sich die Etablierten - nicht nur die Linken, sondern auch die CDU/CSU und das bürgerliche Umfeld - so?

Seit 1945, dem Ende des Nationalsozialismus, aber verstärkt seit der deutschen Einheit (1990), ist der Antifaschismus das politische Fundament der BRD. Zeitweilig durch die kommunistische Bedrohung antitotalitär verdeckt, ist er seit etwa 1992

einseitig in den Mittelpunkt befördert worden. Wer sich als antirechts profiliert, hofft nicht nur, Antifa-Angriffe zu unterlaufen, sondern erstrebt auch das Vertrauen ausländischer „Freunde und Verbündeter“, die ganz besonders aufmerksam alle rechten Tendenzen in Deutschland beobachten. Er kann sich im Einklang mit dem „Mainstream“ fühlen und vermeidet die unangenehme Defensivposition.

Worum geht es hier eigentlich? Was bezwecken wir mit diesem Bericht?

Nun, gewiß keine folgenlose Klage; kein unzufriedenes Gegreine. Es geht um die Organisation des Widerstandes. Zu diesem Zweck vergegenwärtigen wir uns den Fall Danubia als eines von zahlreichen Beispielen. Bemerkenswert ist dieser Fall, weil hier - anders als vor Jahrzehnten - die Hetze gegen Rechts die Linken - SPD, DGB, Grüne, Antifa und andere Linksextremisten - gemeinsam mit der CSU, vertreten durch den bayerischen Innenminister Beckstein und seinen „Verfassungsschutz“, betrieben haben. Erinnern wir uns: Am 14. Juni 2001 gab das bayerische Staatsministerium des Innern eine Presseerklärung heraus: Minister Beckstein sei besorgt über verstärkte Bemühungen von Rechtsextremisten, in Burschenschaften und an Hochschulen Einfluß zu gewinnen. Hier wurden drei Burschenschaften, darunter die „Danubia“ genannt. Auf diese Mitteilung hin setzte eine Medienhetze ein, die mit Fug und Recht als „pogromartig“ bezeichnet werden kann. Es kam zu einer Demonstration vor dem Hause der „Danubia“, von den „Grünen“ inszeniert. Die Verbindung mußte eine Bankkonten-Kündigung erleben, der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge lud sie von der Beteiligung an einer Kranzniederlegung anlässlich des Volkstrauertages aus, vor einer kommunalen Verwaltungsinstitution wurde ein Antrag auf Verbot der „Danubia“ gestellt. Darüber hinaus richtete sich aber die Medienhetze gegen Verbindungen im allgemeinen.

Ein typisches Beispiel ist der Artikel eines Sebastian Schneider, Referent für Politische Bildung im Asta der Universität Mainz, der unter der Überschrift „Verbindungsunwesen“ sämtliche Zusammenhänge, die Deutsche Burschenschaft, den Coburger Convent (CC), den Kösener Senioren Convent-Verband (KSCV), den Cartellverband der Katholischen Deutschen Studentenverbindungen (CV) und mehrere andere Dachverbände attackierte. Besonders entlarvend ist die

Schlußfolgerung des Autors. „Es muß also gesagt werden, daß eine differenzierte Betrachtung des Verbindungswezens notwendig ist und trotzdem der Schluß richtig ist, daß Verbindungen als Schnittstellen zwischen Konservatismus und Neofaschismus und als elitäre Männerbünde im ganzen abzulehnen sind.“

„Antifaschismus“ ist eine Grundnorm der Bundesrepublik Deutschland, die sich durch den blutigen Zusammenbruch des „Dritten Reiches“, die Katastrophe von 1945, erklärt. In den Zeiten des „Kalten Krieges“ zurückgedrängt, erlebte der „Antifaschismus“ nicht zuletzt unter dem Einfluß der DDR und der Sowjetunion seit den sechziger Jahren eine Wiederbelebung, um mit der Pleite des Sozialismus im Weltmaßstab 1989 bis 1991 scheinbar zu verschwinden. Aber unter Ausnutzung der sog. „Ausländerfeindlichkeit“ etwa ab 1992 erlebte er erneut eine Wiederkehr, jetzt noch mehr als früher als letztes Aufgebot der Linken, die sich des „Antifaschismus“ bedienen, weil mit dem Sozial-



Pro/ Dr.
Hans-Helmuth
Knütter ist Po-
litikwissen-
schaftler an
der Rheini-
schen Fried-
rich- Wil-
helms-Univer-
sität zu Bonn.

Er arbeitete als Extremismüsforcher in den 90-er Jahren mit dem Referat IS 7 der Abteilung „Innere Sicherheit“ des Bundesinnenministeriums zusammen und hat jahrelang als Gastdozent an der Schule des Bundesamtes für Verfassungsschutz deren Mitarbeiter in Fragen des „Rechtsextremismus“ ausgebildet.

lismus kein Hund mehr hinter dem Ofen hervorzulocken war. Eine neue Blütezeit erlebte der Antifaschismus unter der rot-grünen Bundesregierung ab 1998. In den Zusammenhang dieser Ereignisse und in

die üble Atmosphäre des von Denunziä- tion und Verhetzung gezeichneten innenpolitischen Klimas ist auch der Fall „Danubia“ und der sonstigen Burschenschaften zu stellen, der nicht isoliert betrachtet werden darf. Es hat sich nämlich gezeigt, daß keine Antifa-Pleite - das Scheitern des NPD-Verbotes, die Blamage von Sebnitz, die Erfolglosigkeit der Hetze gegen die „Danubia“ u. a. - die Etablierten und die Linken bekehrt und zur Zurückhaltung veranlaßt. Im Gegenteil. Der „Kampf gegen Rechts“ wird verstärkt und damit auch gegen die Burschenschaften.

Vorhin wurde dargelegt, daß dieses Verhalten der Unsicherheit der Etablierten entspringt. Deshalb nützt es nichts, ihnen mit gutem Zureden entgegenzutreten. Nicht das Wort, nur die Tat kann etwas bewirken. Immer wieder wird der aus bildungsbürgerlicher Mentalität resultierende Fehler gemacht, dem Gegner mit guten Argumenten zu kommen - insbesondere, wenn es sich nicht um linksextremistische Gewalttäter handelt sondern um scheinbar der Objektivität verpflichtete staatliche und gesellschaftliche Institutionen.

Staatstreu, obrigkeitshörig, vom Wunsch nach Anerkennung und politisch-gesellschaftlicher Integration erfüllt, sind die meisten konservativen und patriotischen Kräfte fassungslos, wenn sie „Ausgrenzung“ erleben müssen. Dies kann doch nur ein Irrtum sein! Es handelt sich aber tatsächlich um die Durchsetzung von Macht und Einfluß der etablierten politischen Kräfte. Argumentieren nützt deswegen gar nichts, wenn dem Wort nicht die Tat folgt. Da den Burschenschaften nicht die Mittel klassischer „pressure groups“ (Streik, Boykott) und auch nicht der Einfluß durch Wahlen, wie den Parteien, zur Verfügung stehen, bleibt der Rechtskampf. Diesen gilt es, ideell, materiell und vor allem finanziell vorzubereiten. Einen Fonds für die Kosten anzusammeln, ist genauso wichtig wie die psychologische Vorbereitung. Wegen der grundsätzlich positiven Einstellung zu Staat und Ordnung fällt es jedem Patrioten schwer, sich an den Gedanken zu gewöhnen, gegen den Staat zu prozessieren. Auf keinen Fall sollten die Burschenschaften es erleichtert hinnehmen, wenn sich das Feindbild wieder einmal ändert.

Freiheit und Selbstbestimmung sind bedroht, und eine politische Ordnung, die staatstreue Bürger „ausgrenzt“, verdient ein für allemal kein Vertrauen.

Zitate aus dem Gutachten Professor Knütters zum Vorwurf des Rechtsextremismus und der Verfassungsfeindlichkeit gegen die Münchener Burschenschaft Danubia

„Politik hatte in Deutschland immer mit dem Kampf zwischen Gut und Böse mehr als mit der Regelung von Alltagsfragen zu tun.“

„Der antitotalitäre Grundkonsens ist in den letzten Jahren durch einen einseitig antifaschistischen ersetzt worden, der zunächst Rechtsextreme, aber unterdessen alle, Rechten' ausgrenzt.“

„Es handelt sich vielmehr um einen unzulässigen Versuch, Ansichten, die der gegenwärtigen bayerischen Landesregierung unlieb sind, ‚auszugrenzen‘ und die ‚Danubia‘ durch politischen und Mediendruck zu einem obrigkeitsgenehmen Verhalten zu veranlassen. Dieses Verhalten, nicht das der ‚Danubia‘, beeinträchtigt die Informations- und Meinungsfreiheit.“

„Sie stellen nicht die Frage, was gesagt worden ist, sondern wer etwas sagt. Dann steht das Urteil von vornherein fest und es erfolgt eine politisch-dogmatische, von der Neigung zur Tabuisierung und Ausgrenzung gekennzeichnete Bewertung.“

„Gegen einzelne Veröffentlichungen im Umfange der ‚Danubia‘ ist der Vorwurf des ‚Revisionismus‘ erhoben worden. Dieser Vorwurf beruht auf der Voraussetzung, daß es ein feststehendes Geschichtsbild gebe, das jeder Überprüfung und Fortentwicklung (nichts anderes bedeutet ‚Revision‘) widersteht. Wenn dieser ‚Revisionis-

DAS KNÜTTER-GUTACHTEN

Zum Vorwurf des Rechtsextremismus und der Verfassungsfeindlichkeit gegen die Münchener Burschenschaft Danubia

Burschenschaft
! DANUBIA

Das Gutachten von Prof. Knütter kann unter www.danubia-muenchen.de oder über die Schriftleitung angefordert werden.

mus' staatlich überwacht wird, dann sind Wissenschaft, Forschung und Lehre nicht mehr frei (Art. 5 Absatz 3 GG). Ein solches Verständnis von Wissenschaft führt nicht zur Erkenntnis und Wahrheit, sondern dient der Bestätigung von gesellschaftlichen und politischen Konventionen.“

„Es handelt sich bei der Burschenschaft ‚Danubia‘ zweifellos um eine ‚rechte‘ Organisation. Wenn Gewalt, Gewaltbejahung und Gewaltpropaganda das Kennzeichen des Extremismus ist, ist es gänzlich unberechtigt, sie als ‚rechtsextrem‘ zu bezeichnen.“

„Ein wesentliches Ziel ist die Überwindung der verderblichen traditionellen Untertanenmentalität. Es darf nicht lethargisch, vielleicht sogar indolent hingenommen werden, was die ‚Obrigkeit‘ anordnet, weil diese eine extrem parteipolitisierte ‚Obrigkeit‘ ist, die Partialinteressen vertritt.“

**Konkrete Fragen beantwortet Bayerns Innenminister
Günther Beckstein nicht:**

Patrioten oder Verfassungsfeinde?

**Korporationen und politischer Extremismus
- Der Fall Danubia**

Eine Dokumentation der Burschenschaftlichen Blätter

Seit nunmehr sechs Jahren führt das Bayerische Ministerium des Innern unter Leitung von Günther Beckstein die Aktivitas der renommierten Münchener Burschenschaft Danubia (gegründet 1848) als „verfassungsfeindliche Organisation“ in ihren Berichten auf. Das zog vielerlei Ausgrenzungen und Verfolgungsmaßnahmen für die jungen Danuben nach sich. Das bislang prominenteste Opfer „innerstaatlicher Feinderklärung“ heißt Sascha Jung. Der ehemalige stellvertretende Landesvorsitzende der Jungsozialisten von Sachsen Anfang der 90er Jahre konnte eine fest zugesagte Stelle als Wissenschaftlicher Assistent an der Juristischen Fakultät der Universität Bayreuth unter Hinweis auf seine „aktive“ Danuben-Vergangenheit nicht antreten, weil das weiß-blaue Innenministerium gegen ihn intervenierte.

Anlaß und Grund genug für Verbandsbruder Bernd Kallina, Alter Herr der Münchener Burschenschaft Danubia, in Form einer journalistischen Anfrage nach den genauen Hintergründen der Einstufung der Danuben-Aktivitas zu fragen. Diplom-Politologe Kallina sieht sich als Absolvent der Münchener Hochschule für Politik (HfP) fest in der freiheitlich-rechtsstaatlichen Demokratie-Tradition u. a. seiner Lehr-Professoren Eric Voegelin, Hans Maier, Konrad Löw und Kurt Sontheimer verankert, deren Erziehungsziel primär darin bestand, totalitäre Politik-Ansätze von rechts und links durch mutiges Bürger-Engagement schon in Ansätzen offensiv zu bekämpfen! Er ist Rundfunkredakteur und als Redaktionsmitglied der Kölner DLF-Abteilung „Hintergrund“ Preisträger des „Leuchtturms für besondere publizistische Leistungen im Jahre 2006“. Die Preisverleihung, veranstaltet vom „netzwerk recherche“, fand am

9. November 2006 im Rahmen des 11. Mainzer MedienDisputs statt. Die Burschenschaftlichen Blätter dokumentieren hiermit den Schriftwechsel in seinen wesentlichen Auszügen:

Bernd Kallina am 9. November 2006 an Günther Beckstein:

„Betr.: Ausgrenzende Extremismus-Kriterien bei Studenten-Verbindungen / Der Fall Danubia-Aktivitas in München

Sehr geehrter Herr Staatsminister, erlauben Sie mir, Ihnen folgendes vorzutragen:

Unter dem Arbeitstitel „Patrioten oder Staatsfeinde? Studentenverbindungen zwischen Traditionspflege und Extremismus“ führe ich z. Zt. eine journalistische Recherche durch. Ihre Zielsetzung besteht in der Konkretisierung jener Bestimmungsründe, die die Einstufung von Studentengruppierungen im verfassungsschutz-relevanten Sinne als „extremistisch“, d. h. als „verfassungsfeindlich“ rechtfertigen. Da die Aktivitas der 1848 gegründeten Münchener Burschenschaft „Danubia“ durch Sie seit 2001 in diese Kategorie als „verfassungsfeindlich“ bzw. „extremistisch“ eingestuft wurde bzw. ist, möchte ich Ihnen dazu einige Fragen stellen. Sie erscheinen deswegen dringend notwendig, weil die bisher bekannt gewordenen Begründungen für die nun seit Jahren andauernde Einstufung der Danuben-Aktivitas von vielen Bürgerinnen und Bürgern als nicht wirklich überzeugend wahrgenommen werden. Nach Abschluß meiner Recherchen plane ich mehrere Veröffentlichungen zum o. g. Themenkomplex und wäre Ihnen deshalb für öffentlich zitierfähige Antworten dankbar!

„Wir lassen uns nicht deshalb als rechtsradikal oder nationalistisch beschimpfen, weil andere, die jahrzehntelang dasselbe vertreten haben, nunmehr ihr Koordinatensystem so weit nach links verschoben haben, daß ihnen die früher gemeinsame Position nunmehr als rechts erscheint.“

Franz Josef Strauß am 4. Oktober 1971 in Saarbrücken

Themenkreis 1:

Tatsächliche oder vermeintliche Angriffe auf die „fundamentalen Prinzipien der freiheitlich demokratischen Grundordnung“

Zu den fundamentalen Prinzipien der freiheitlichen demokratischen Grundordnung, gegen die sich extremistische Bestrebungen richten, zählen - laut Verfassungsschutzberichten des Bundes und der Länder:

- die Achtung vor den im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechten, vor allem das Recht der Persönlichkeit auf Leben und freie Entfaltung,
- der Ausschluß jeder Gewalt- und Willkürherrschaft,
- die Volkssouveränität,
- die Gewaltenteilung,
- die Verantwortlichkeit der Regierung gegenüber der Volksvertretung,
- die Gesetzmäßigkeit der Verwaltung,
- die Unabhängigkeit und Rechtsbindung der Gerichte,
- das Mehrparteienprinzip,
- die Chancengleichheit für alle politischen Parteien und
- das Recht auf verfassungsmäßige Bildung und Ausübung einer Opposition.

Frage 1:

Welche dieser Prinzipien hat die Aktivitas der Burschenschaft Danubia konkret bekämpft? Gegen welche Prinzipien richten sich Bestrebungen dieser Gruppierung?

Im Internet erläutert das Bayerische Staatsministerium des Innern politischen Extremismus mit folgenden Worten und ich zitiere:

„Politischer Extremismus - was ist das eigentlich? Kurz gesagt: ein Angriff auf die freiheitlich demokratische Grundordnung.“

Frage 2:

Welche Mittel hat die Studentengruppe für ihren jetzt schon ins sechste Jahr gehenden Dauer-Angriff auf die freiheitlich demokratische Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland verwendet?

Frage 3:

Wann und wo konnte das Bayerische Innenministerium eventuell „aktiv-kämpferisches Verhalten“ bei der beobachteten Aktivitas registrieren?

Frage 4:

Erfüllen die vorwerfbaren Angriffe gegen Verfassungsprinzipien wenigstens den Tatbestand einer Ordnungswidrigkeit, d. h. gibt es Bußgeldverfahren?

Themenkreis 2:**Auftritte von sogenannten „Rechtsextremisten“ und anderen Referenten vor der Aktivitas der Burschenschaft Danubia München**

Als Beleg-Gründe für die Einstufung der Danuben-Aktivitas wurden und werden seitens des Bayerischen Innenministeriums seit 2001 mehrfach genannt:

- „Auftritte von Referenten, die eindeutig dem Rechtsextremismus zuzurechnen sind, wie ... Alain de Benoist oder Horst Mahler“.

So zuletzt in der Antwort des Staatsministeriums des Innern auf eine schriftliche Anfrage des Abgeordneten Florian Ritter, SPD, vom 13. Juli 2005 (Drucksache 15/3836 vom 17. 8.2005) im Bayerischen Landtag.

Frage 5:

Ist der o. g. Vortrags-Inhalt (Textabschrift liegt vor) von Alain de Benoist (Titel: „Politisches Jakobiner-tum und sprachlicher Ausschließlichkeitsanspruch — Regionale Minderheiten: der Fall Frankreich“) bzgl.

- Form,
- Inhalt,
- Tendenz, bzw.
- sonst in irgendeiner anderen Art und Weise, als „rechtsextremistisch“ im Sinne der gesetzlichen Grundlagen und Aufgaben Ihrer Verfassungsschutz-Behörde einzustufen?

Frage 6:

Falls ja, weshalb?

Frage 7:

Falls ja, folgt daraus, daß sich angehende Akademiker, „extremistische“ Inhalte im Original nicht anhören dürfen, ohne Gefahr zu laufen, dies als Beweis-

grund für eigenes extremistisches Verhalten vom Innenminister vorgehalten zu bekommen - auch wenn dem Referenten (z. B. in der Diskussion) widersprochen wurde? Anders gefragt: Heißt Einladung eines „Extremisten“ automatisch inhaltliche Zustimmung des Veranstalters zu ihm?



Bayerns Innenminister Beckstein.

Frage 8:

Falls nein, warum wurde der Vortrag von Alain de Benoist dann als Beleg für verfassungsfreundlichen Extremismus in der Causa Danubia-Aktivitas seitens des Bayerischen Innenministeriums seit Jahren ständig angeführt?

Frage 9:

Hält das Bayerische Innenministerium den Vorwurf eines „verfassungsfreundlichen Auftritts“ bei den 16. Bogenhausener Gesprächen am 5./6. Dezember 1998 in bezug auf die Person Horst Mahler weiterhin aufrecht? Mahlers Vortrag bei den Danuben erfolgte zweifellos zu einem Zeitpunkt, da er parteilos war und kurz vorher völlig unbeanstandet in der „Süddeutschen Zeitung“ (Ausgabe vom 30. September 1998) publizierte und am 28.

„Die Unduldsamkeit hat aber noch eine andere Seite. Sollte künftig jemand den Ehrgeiz haben, sich in aller Verfassungsmäßigkeit politisch rechts zu betätigen, würde das von der CSU nicht als lächerlich, diletantisch, hoffnungslos oder unzweckmäßig hingestellt, sondern als staatsfeindlich gebrandmarkt werden. Wehe dem, der das gleiche sagt wie Edmund Stoiber. Dieser meint z. B., der gute alte Nationalstaat habe noch nicht völlig ausgedient und verdiene es zuweilen, lobend erwähnt zu werden. Jedem, der nicht in der CSU ist, muß dringend geraten werden, solche Äußerungen zu unterlassen, denn Becksteins Staatschützer hätten keine Hemmungen, Neonazismus zu wittern.“

FAZ-Autor Roswin Finkenzeller über Schattenseiten von Günther Beckstein am 28.1.2002 in der FAZ.

Dezember 1998 - also mehrere Wochen nach seinem Auftritt während der Bogenhausener Gespräche — mit einem zwei Druckseiten umfassenden Interview im Nachrichtenmagazin „FOCUS“ vertreten war. Nochmals also: hält das Bayerische Innenministerium den o. g. Vorwurf weiterhin aufrecht?

Frage 10:

Falls ja, weshalb?

Für das erste Halbjahr 2002 begründete das Bayerische Staatsministerium des Innern die Einstufung der Danuben-Aktivitas als „verfassungsfreundliche Organisation“ mit der Einladung von Dr. Claus M. Wolfschlag zu den 19. Bogenhausener Gesprächen am 23. Februar 2002. O-Ton Verfassungsschutzbericht:

„Die Burschenschaft Danubia zeigt damit weiterhin keine Berührungängste gegenüber Referenten, die zu einer Verharmlosung des Rechtsextremismus tendieren.“

Frage 11:

Hält der Bayerische Innenminister auch heute noch diesen Vorwurf aufrecht, falls ja, weshalb?

Vor und auf Einladung der Danuben-Aktivitas sprachen u. a.

- der in Rumänien geborene jüdische Publizist Ivan Denes (10. 11. 2004),
- der Abt des Klosters Schäftlarn und Vorsitzender der bayerischen Benediktinerkongregation, Dr. Gregor Zasche (7. 6. 2000),
- die deutsch-jüdische Publizistin Anat Kaiman, ständige Autorin des Berliner „Tagesspiegel“, des Deutschlandfunks, SWR, NDR, HR und des Saarländischen Rundfunks (31. 5. 2000). Ihr damaliger Vortrag unter dem Titel: „Deutsche und Juden - gestern, heute, morgen“ wurde in der jüngsten Ausgabe der „Neuen Danuben-Zeitung“ unter den Überschriften „Anat-Katharina Kaiman (Paris/Budapest) vor der Danuben-Aktivitas: „Meine Großmutter war unstrittig beides: Jüdin und Deutsche“ - Erinnerung an einen bemerkenswerten Burschenschaftlichen Abend vom 31. Mai 2000 in der Möhlstraße 21/Jüdische Publizistin Kaiman faszinierte Danuben/ Informative Diskussion“, Sommersemester 2006 veröffentlicht,

- der im 3. Reich emigrierte und kürzliche verstorbene Ehrenpräsident des Freien Deutschen Autorenverbandes FDA, Dr. Volkmar Zihlsdorff. Er war ab 1936 bis Anfang der 40er Jahre in New York unter der Präsidentschaft von Sigmund Freud und Thomas Mann Geschäftsführer der Deutschen Akademie der Künste und Wissenschaften im Exil (17. 6.2000),
- der im 3. Reich als Jude verfolgte deutsche Journalist Gerhard Löwenthal (21. 1. 1998),
- der Bundesbildungsminister a. D. Prof. Dr. Rainer Ortleb (15. 1. 2006),
- der Rundfunkjournalist (SFB/ZDF/Deutschlandfunk) und Ex-Regierungssprecher von Hessen unter Ministerpräsident Walter Wallmann (Ende der 90er Jahre, dann unter Edmund Gruber Pressesprecher des Deutschlandfunks in Köln) und derzeitige PR-Berater und Berliner Verleger Ernst Martin (11. 7. 2004),
- der Politik-Redakteur beim Deutschlandfunk und Publizist Jürgen Liminski (3. 12. 2005),
- der ehemalige Dozent an der Führungsakademie der Bundeswehr und frühere Leiter der deutschen Sektion von Radio Vatikan, Pater Lothar Groppe SJ (4.12.2005),
- die Publizistin und Mitherausgeberin der Wochenzeitung „Rheinischer Merkur“ Christa Meves (4. 12. 2005),
- der bis zu seiner Pensionierung Ende 1999 höchste Polizeibeamte Österreichs, General-Direktor a. D. Magister Michael Sika (29. 11.2003),
- der Erzb. Geistliche Rat und theologische Publizist Walter Lang (30. 11. 2003),
- der amerikanische Völkerrechtler und Historiker sowie hohe Ex-UNO-Beamte Professor Dr. Dr. Alfred M. de Zayas, Autor u. a. des „Bayernkurier“ (9. 3. 2003),
- der frühere stellvertretende Chefredakteur und Leiter des russischen Dienstes der Deutschen Welle, Botho Kirsch (23. 2. 2002).

Frage 12:

Läßt eine derartige Gästeliste - hier nur auszugsweise wiedergegeben - wirklich die Standortzuweisung „eindeutig rechtsextrem“ zu, wie dies seitens des Innenministeriums seit Jahren immer wieder öffentlich behauptet wird? Falls ja, weshalb?

Frage 13:

Wie verträgt sich die bei „Rechtsextremismus“ zu unterstellende Ausländer- bzw. Fremdenfeindlichkeit mit der seitens der Danuben-Aktivitas gepflegten Weltoffenheit, die sich z. B. in vielen Auslandsreisen niederschlägt, über die dann in der Form von Reiseberichts- Veranstaltungen vorgetragen wird? So z. B.

- *Danuben im Kashmir (16. 11. 2005),*
- *Chilenische Abende (9. 5. 2005 und 11. 7. 2003),*
- *Kirgisisch-Usbekischer Abend (9. 5. 2003),*
- *Occitanischer Abend (28. 6. 2002),*
- *Baltischer Abend (14. 6. 2002),*
- *Brandenburgisch-Afrikanischer Abend (25. 1. 2002),*
- *Peruanischer Abend (24. 1. 2001),*
- *Eine Reise durch Radschastan (01.12.1999),*
- *Isländischer Abend (17. 2. 1999),*
- *Asiatischer Abend (22. 1. 1999),*
- *Afrikanischer Abend (7. 1. 1998).*

Ergänzender Hinweis zum „Brandenburgisch-Afrikanischen Abend“ vom 25. Januar 2002: Die Veranstaltung wurde durch eine von der Danuben-Aktivitas organisierten Vernissage der nigerianischen Kunstmalerin Ebele Okoye umrahmt (Fotos siehe Internet-Präsentation www.bursehenschaft.danubia.de).

Frage 14:

Sind dem bayerischen Innenminister ähnliche Vorkommnisse bekannt, daß nämlich als „rechtsextrem“ eingestufte Jugend-Gruppierungen für schwarz-afrikanische Gäste in Deutschland Vernissagen für deren Kunstwerke veranstalten?

Themenkreis 3

Verfassungsfeindliche interne Strukturen?

Rechtsextreme Bewegungen und Gruppierungen zeichnen sich oftmals u. a. durch autoritäre interne Strukturen aus, z. B. wird das undemokratische Führerprinzip praktiziert. Bei typischen Rechtsextremisten kommt es meist nicht zu demokratischen Mehrheitsentscheidungen, es gibt keine Diskussions- und Abstimmungskultur, sondern ein „Führer“ bestimmt den Weg und die Richtung. Bei meiner Recherche nach möglichen verfassungsfeindlichen Anhaltspunkten verweise ich hierbei auf die derzeit gültige Verfassung der Aktivitas der Burschenschaft Danubia (Stand Mai 2003).

Frage 15:

Entspricht diese Satzung freiheitlich-rechtsstaatlichen Erfordernissen oder

kann bzw. muß die interne Struktur sich den Vorwurfverfassungsfeindlicher Tendenzen gefallen lassen, falls ja, inwiefern?

Themenkreis 4:

Zeitbezüge bei der öffentlichen Erwähnung verfassungsfeindlicher Organisationen

Laut vorliegendem Text Ihrer Ansprache zur Vorstellung des Bayerischen Verfassungsschutzberichtes 2004 am 8. April 2005 in München wird die Aktivitas der Burschenschaft Danubia wie folgt erwähnt: (Zitat)

„Auch die Aktivitas der Burschenschaft Danubia ist wieder in der Liste der erwähnenswerten Organisationen und Verlage aufgeführt. Auf eine ausführliche Darstellung haben wir verzichtet, weil rechtsextremistische Aktivitäten im Jahr 2004 nicht feststellbar waren.“

Frage 16:

Weshalb wird eine Gruppierung im Verfassungsschutzbericht des Zeitraumes 1. 1. bis 31. 12. 2004 überhaupt erwähnt, wenn - wie Sie selbst sagen - „rechtsextremistische Aktivitäten“ im Berichterstattungs-Jahr 2004, „nicht feststellbar“ waren? Wäre es nicht angemessen und sinnvoll, Organisationen nur dann im VS-Bericht zu erwähnen, wenn im Berichterstattungszeitraum tatsächlich extremistische Aktivitäten feststellbar waren? Falls nein, weshalb?

Themenkreis 5:

Das Knütter-Gutachten zum Vorwurf des Rechtsextremismus und der Verfassungsfeindlichkeit gegen die Burschenschaft Danubia

Im o. g. Gutachten kommt der Bonner Politikwissenschaftler, Professor Dr. Hans-Helmuth Knütter (Lehrfähigkeit an der Universität Bonn mit den Schwerpunkten politischer Extremismus, Zeitgeschichte und Politische Bildung) zu einem gegensätzlichen Urteil bei der Überprüfung der vom Bayerischen Innenministerium behaupteten extremistischen Ausrichtung der Danuben-Aktivitas.

Professor Knütter arbeitete als Extremismusforscher in den 90er Jahren mit dem Referat IS 7 (= geistig-politische Auseinandersetzung mit dem Extremismus) der Abteilung „Innere Sicherheit“ des Bundesinnenministeriums zusammen und hat jahrelang als Gastdozent an der Schule des Bundesamtes für Verfassungsschutz deren Mitarbeiter in Fragen des „Rechtsextremismus“ ausgebildet.

Normalerweise müßte ein Fachmann wie Knütter auf diesem Gebiet ein auch vom Bayerischen Innenministerium beachtenswertes Urteil abgeben können.

Frage 17:

Bestreitet der Bayerische Innenminister Professor Knütter die Kompetenz, sich zur umstrittenen Frage der extremistischen Qualität der Danuben-Aktivitas fachgerecht äußern zu können? Falls ja, weshalb?

Frage 18:

Relativiert das Knütter-Gutachten und seine Weiterschreibung (incl. der Beurteilung der Reaktionen aus dem Bayerischen Innenministerium auf sein Gutachten, siehe „Neue Danuben-Zeitung“, Ausgabe Sommersemester 2003, S. 11 ff. „Verfassungsschutz-Halbjahresbericht 2002: Das Innenministerium ignoriert vernünftige Gegen-Argumente“) nicht zumindest die seitens des Innenministeriums nach wie vor behauptete „Eindeutigkeit“ der Standort-Zuweisung der Danuben-Aktivitas als „extremistisch“?

**Themenkreis 6
Berufliche
Staatsdienst-Ausgrenzungen von
Danuben in
Bayern**

Während es bei dem Danubia-Mitglied Roland Hanisch am 19. 2. 2004 nur zu einer „Anhörung des Bewerbers“ für den Referendardienst beim Oberlandesgericht München durch die dortige OLG-Präsidentin, Richterin Dworazik, kam, wurde das frühere Mitglied der Danuben-Aktivitas, Rechtsanwalt Sascha Jung, per Bescheid vom 12. 7. 2005, die Übernahme in den höheren Justizdienst des Freistaates Bayern verweigert. Die Universität Bayreuth hatte nach Prüfung der von Ihrem Ministerium vorgelegten Unterlagen hingegen am 10. 1. 2005 die Einstellung Sascha Jungs in den öffentlichen Dienst verfügt. Auf direkte Intervention Ihres Ministeriums wurde diese jedoch nach meinen Recherchen am

19. 1. 2005, einen Tag vor dem geplanten Dienstantritt, gestoppt.

Frage 19:

Inwiefern bietet RA Sascha Jung aus Sicht des Bayerischen Innenministers nicht hinreichende Gewähr, jederzeit für die freiheitlich-demokratische Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland einzustehen?

Frage 20:

Konnten bei der o. g. Anhörung von Roland Hanisch, inzwischen RA, bestehende Bedenken hinsichtlich seiner Verfassungstreue ausgeräumt werden, oder bestehen auch bei ihm seitens des Bayerischen Innenministeriums weiterhin verfassungsschutzrelevante Einwände für



Verbandsbruder Diplom-Politologe Bernd Kallina (Danubia München 1973), Mitglied des Bonner Freundeskreises der CSU seit 1991. Der Autor war u. a. von 1994 bis 1998 Pressesprecher des Freien Deutschen Autorenverbandes FDA unter Professor Dr. Werner Ross und Dr. Volkmar Zühlsdorf/und gehört der DLF-Redaktion „Hintergrund“ an, die 2006 den Preis „Leuchtturm für besondere publizistische Leistungen“ von „netzwerk recherche“ verliehen bekam.

eine eventuelle Übernahme ins Beamtenverhältnis von Bayern, falls ja, welche?

Themenkreis 7:

Verfassungsschützerischer Ländervergleich Bayern/NRW

Am 8. Oktober 2003 fand auf Einladung des Innenministeriums von Nordrhein-Westfalen eine vom dortigen Verfassungsschutz veranstaltete Fachtagung „Die Neue Rechte - eine Gefahr für die Demokratie?“ statt. Das damals SPDgeführte Innenministerium trat besonders forsch auch gegen nationalkonservative Strömungen auf, so grenzte es z. B. die Wochenzeitung „Junge Freiheit“ jahrelang als extremistisch aus, verlor aber

zwischenzeitlich einen Rechtsstreit, den die JF (anwältlich vertreten durch Generalbundesanwalt a. D. Alexander von Stahl) bis zum Bundesverfassungsgericht durchgeföhnten hatte.

Laut inzwischen erschienenen gleichnamigen Berichtsband zur Tagung (Wolfgang Gessenharter und Thomas Pfeiffer, „Die Neue Rechte - eine Gefahr für die Demokratie“, Wiesbaden 2004) hielt dort der Jurist Hans-Peter Lungen (seit 1992 im Innenministerium NRW, von 1998 bis 2003 Referatsleiter beim Verfassungsschutz, in dieser Zeit u. a. für die Beobachtung der Neuen Rechten zuständig) einen Vortrag zum Thema: „Einflüsse und Affinitäten? Beziehungen der Neuen

Rechten zu studentischen Verbindungen aus Sicht eines Verfassungsschützers“. Darin heißt es, Zitat: „Die Tatsache, daß Rechtsextremisten zu Vorträgen eingeladen werden, mag solchen Akteuren als große Chance erscheinen, ihre Ideen einem interessierten Publikum vorzutragen. Sie läßt aber nicht zwangsläufig darauf schließen, daß die einladende Burschenschaft als rechtsextremistisch einzustufen ist - zumal wenn von ihr selbst keine entsprechenden Aktivitäten ausgehen. Auch die Tatsachen, daß Burschenschaften Anzeigen



Leuchtturm für besondere publizistische Leistungen

Medienpreis des netawerkes recherche e.7.

gen in den Publikationen „Junge Freiheit“ und „Nation & Europa“ schalten und im Organ des Dachverbandes „Deutsche Burschenschaft“ - den „Burschenschaftlichen Blättern“ - verschiedentlich für diese Zeitungen der Neuen Rechten geworben wird, lassen zwar partielle wechselseitige Sympathien möglich erscheinen, sie reichen allein aber nicht aus, um die betreffenden Burschenschaften zu Beobachtungsobjekten zu erklären.“

Frage 21:

Ist dem Bayerischen Staatsminister des Innern der Text des hier auszugsweise zitierten Vortrages bekannt?

Frage 22:

Weshalb fährt Bayern in der Causa Danubia-Aktivitas - gewissermaßen - einen noch schärferen Ausgrenzungskurs als das damals SPD-geführte NRW-Innenministerium, zumal beispielsweise bei den inkriminierten Referenten vor der Danubia-Aktivitas (Horst Mahler und Alain de Benoist) nach meinen Recherchen keine „rechtsextremen Inhalte“ vorgetragen wurden?

Sehr geehrter Herr Staatsminister, für eine Beantwortung meiner Fragen wäre ich innerhalb eines Zeitraumes von zwei Wochen dankbar. Falls es länger dauern sollte, erbitte ich einen Zwischenbescheid...

Bernd Kallina."

Eingangsbestätigung vom 15. 11. 2006

„Sehr geehrter Herr Kallina, im Auftrag von Herrn Staatsminister Dr. Günther Beckstein danke ich für Ihr Schreiben vom 9. 11. 2006 und bestätige den Eingang.

Die Beantwortung wird einige Zeit in Anspruch nehmen; hierfür bitte ich um Geduld.

Mit freundlichen Grüßen
Kerscher (Oberregierungsrat)"

Antwort vom 7. 12. 2006

„Sehr geehrter Herr Kallina, im Auftrag des Herrn Staatsministers neh-

men wir zu Ihrem Schreiben wie folgt Stellung:

Die bestimmenden Merkmale des Rechtsextremismus sind den jährlich erscheinenden bayerischen Verfassungsschutzberichten zu entnehmen. Dort sind auch die Fakten aufgeführt, die für die Einstufung der Danuben-Aktivitas als rechtsextremistisch maßgeblich waren. Der Umstand, daß sich der im Verfassungsschutzbericht Bayern 2005 (Seite 153) geschilderte Vorfall in den Räumen der Danubia ereignete, ist ein weiteres Indiz für rechtsextremistische Einflußnahmen auf diese Burschenschaft.

Mit freundlichen Grüßen
Weishaupt (Ministerialrat)"